

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 23

Artikel: Energisch über Osteuropa : die Energiepolitik der Sowjetunion gegenüber ihren Satelliten
Autor: Hsing, Ho
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094937>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Energiepolitik der Sowjetunion gegenüber ihren Satelliten

Energisch über Osteuropa

Die folgenden Auszüge sind einem Beitrag von Ho Hsing in der «Peking Rundschau» Nr. 34/1977 entnommen

Da einige RGW-Länder unter ziemlichem Mangel an Energie und anderen Naturressourcen leiden, sind sie seit langem von der sowjetischen Erdöl- und Rohstoffversorgung abhängig. Ihre Bedürfnisse an Brenn- und Rohstoffen sind in den letzten Jahren mit der weiteren Industrialisierung immer grösser geworden. Zum Beispiel zeigen von der bulgarischen Presse veröffentlichte Angaben, dass das Erdöl, das Bulgarien aus der Sowjetunion bezieht, über 90 Prozent seines gesamten Erdölimportes ausmacht, Naturgas 100 Prozent, Elektrizität 98,6 Prozent und Eisenerz 87,5 Prozent. Aber die Sowjetunion, der selbsternannte «ältere Bruder» der «sozialistischen Gemeinschaft», betrachtet dies als eine ausgezeichnete Gelegenheit zu weiterer Kontrolle und Ausplünderung der osteuropäischen Länder.

Mit der Begründung steigender Selbstkosten für Erschliessung und Transport von Erdöl und Rohstoffen verlangt die Sowjetunion von den osteuropäischen Ländern höhere Erdöl- und Rohstoffpreise. Nehmen wir den Erdölpreis als Beispiel. 1975 wurde er um 130 Prozent, 1976 um 8 Prozent und 1977 um 25 Prozent erhöht. Diese drastischen Preiserhöhungen für Exportrohöl- und -brennstoffe haben der Wirtschaft der osteuropäischen Länder eine schwere zusätzliche Last aufgebürdet. Allein für Erdöleinkäufe wird Bulgarien in diesem Jahr der Sowjetunion mehr als etwa 110 Millionen Rubel zahlen. Zugleich sind diese Länder gezwungen, als Bezahlung noch mehr Maschinen und Agrarprodukte an Moskau zu liefern.

Mit der Begründung, sie könne mangels Geld und Menschenkraft bei Förderung und Transport von Brenn- und Rohstoffen den Bedarf der osteuropäischen Länder nicht decken, zwingt die Sowjetunion diese Länder, im Rahmen des neuen Fünfjahresplans der Sowjetunion Geld und Menschen für den Aufbau von etwa 10 grossen vom RGW gemeinsam finanzierten Projekten zu liefern. Das erforderliche Investitionskapital beläuft sich auf 10 Milliarden US-Dollar, die zum grös-

ten Teil von den osteuropäischen Ländern aufzubringen sind. Diese Länder müssen der Sowjetunion eine grosse Anzahl Maschinen, Einrichtungen und Arbeitskräfte liefern auf Kosten der Investitionen im eigenen Land, des Tempos der eigenen Industrialisierung und des Verbrauchs des Volkes. Es ist nicht schwer vorstellbar, was dies für diese Länder bedeutet.

Aber obwohl die osteuropäischen RGW-Länder die obenerwähnten drückenden Bedingungen erfüllen, befriedigt Moskau ihren Energiebedarf nicht vollständig. Die Sowjetunion hat nämlich, um Hartwährungen zu erhalten, in den letzten Jahren ihren Erdöllexport nach den westlichen Ländern viel rascher intensiviert als den nach den osteuropäischen Ländern. Im letzten Jahr hat die Sowjetunion, während sie die Exportmenge des Erdöls für westliche Länder verdoppelte, den Oellexport für die RGW-Länder sogar um unge-

fähr 10 Prozent reduziert. Dies hat zu Oelknappheit und wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Ländern geführt. Eine Anzahl Fabriken musste die Produktion einstellen oder drosseln.

Seit langem benutzt die Sowjetunion die Abhängigkeit Osteuropas vom sowjetischen Erdöl und Naturgas, um es zur Durchführung der sogenannten «Wirtschaftsintegration» und unter diesem Vorwand zur Teilnahme an der Erschliessung von Oelfeldern, der Verlegung von Pipelines und der Errichtung von Bergbaukombinaten in der Sowjetunion zu zwingen. Die schrumpfende sowjetische Erdöl- und Rohstoffversorgung für Osteuropa lässt die osteuropäischen Länder sich auf der Suche nach neuen Versorgungsquellen an die Länder im Mittleren Osten wenden. Dies ist für die Sowjetunion sehr ungünstig. Ein Beispiel ist Polen, das in diesem Jahr aus dem Mittleren Osten 25 Prozent seines benötigten Oels importieren wird. Einerseits kontrolliert die Sowjetunion mit ihrem Erdöl die RGW-Länder. Andererseits braucht sie das Erdöl auch zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen im Inland und zur Ausbalancierung ihres Aussenhandels. Obwohl die Sowjetunion sich selbst den grössten Oelproduzenten der Welt nennt, ist sie nicht imstande, mit dieser Situation fertig zu werden.

Durch seinen Versuch, über die Versorgung mit Brennstoffen, besonders mit Erdöl und Naturgas, die osteuropäischen RGW-Länder weiter fest an der Kandare zu halten, ist Moskau selbst in die Klemme geraten, da seine Wirtschaftskraft dazu nicht ausreicht. Aber es denkt nicht daran, die osteuropäischen «Bruderstaaten» aus ihrer Kontrolle zu entlassen. Gegenwärtig versucht Moskau es mit dem neuen Trick, auf alle mögliche Weise die Abhängigkeit der osteuropäischen «Bruderstaaten» von der Sowjetunion auf dem wichtigen Sektor der Maschinenbauindustrie zu verstärken. Zu diesem Zwecke propagiert es lauthals die sogenannte Maschinenbau-Integration, die Standardisierung der Produkte und die Errichtung gemischter Verwaltungen der Maschinenbauindustrie in den RGW-Ländern. Dies zielt darauf ab, die Sowjetunion zum Hauptversorger mit Maschinen und Ersatzteilen im RGW-Raum zu machen.

Doch die Sowjetunion ist ebenso wie auf dem Oel- und Brennstoffsektor gar nicht imstande, dieses Vorhaben zu verwirklichen. Zuerst einmal ist die sowjetische Maschinenbauindustrie sehr rückständig. Dies müssen selbst sowjetische Wirtschaftsexperten zugeben. Ausserdem haben die osteuropäischen RGW-Länder seit den siebziger Jahren bereits die Zusammenarbeit mit westlichen Ländern in Produktion, Handel und Finanzen beschleunigt. Die Zahl ihrer Kontrakte mit westlichen Ländern ist auf dem Gebiet der Maschinenbauindustrie sehr viel grösser als mit der Sowjetunion. Und diese Kontrakte umfassen ein breites Spektrum von Erzeugnissen. Deshalb wird die von Moskau betriebene Standardisierung der Produkte auf grosse Schwierigkeiten stossen.

Gegenwärtig fordert die Sowjetunion die RGW-Länder zu gemeinsamen Investitionen zur Erweiterung der sowjetischen Maschinenbauindustrie und deren Modernisierung auf.

Breschnew verlangte sogar, die osteuropäischen RGW-Länder sollten nicht nur ihre nationalen Interessen, sondern auch die Vorteile aller Partner berücksichtigen, wenn sie mit dem Westen Produktionskontrakte schliessen.



Importeur feiner Qualitätsweine

Bald ist Weihnacht!

Höchste Zeit sich mit Kunden- und Mitarbeitergeschenken zu befassen.

Verlangen Sie bitte unsere Vorschläge für Geschenksortimente.

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55